

Warum eine CO₂-Steuer:

Im Jänner 2019 richtete eine Gruppe von 27 Nobelpreisträgern, 15 ehemaligen Vorsitzenden des US Wirtschaftsbeirates 4 ehemaligen Federal Reserve Chefs sowie 2 ehemaligen US Finanzministern einen dringenden Appell an die US Regierung, eine CO₂ Steuer einzuführen. Eine solche sei die schnellste und effektivste Möglichkeit, den Kohlenstoffausstoß zu reduzieren. Diese wäre ein wirkungsvolles Kostensignal, das die unsichtbare Hand des Marktes einspannt, um die wirtschaftlichen Akteure in Richtung einer emissionsfreien Zukunft zu lenken. Sie schlugen vor, die CO₂ Steuer Jahr für Jahr zu erhöhen, bis die zur Emissionsminderung gesetzten Ziele erreicht seien, sie aber aufkommensneutral zu halten
Quelle: Jeremy Rifkin, Der globale Green new deal, Campus

Nach Berechnungen des deutschen Umweltbundesamts aus dem Jahr 2018 verursacht der Ausstoß von einer Tonne CO₂ Kosten von rund 180 Euro. Um diese Kosten - die von der Öffentlichkeit zu tragen sind - zu reduzieren, gilt es nun, die CO₂-Emission mit Hilfe einer Steuer entsprechend zu verringern. Bis zu einem Steuersatz von 180 Euro sind die volkswirtschaftlichen Kosten also noch geringer als der verursachte Schaden. Die Steuer wäre aus volkswirtschaftlicher Sicht somit längst fällig.

Was die Schäden anbelangt, wird es allerdings nicht bei den 180 Euro bleiben: Mit fortschreitender Erwärmung wird es teurer und teurer - die Kosten für eine Temperaturerhöhung um 3, 4 oder 5 Grad können gar nicht beziffert werden, weil die Schäden schlicht nicht mehr reparabel sind und unermessliches Leid die Folge wäre

Bedeutung und Umfang am Beispiel Vorarlberg

Laut Energiebericht Vorarlberg wurden im Jahr 2017 insgesamt 9.692.000.000 kWh verbraucht. Damit wurden über die Energieträger Öl/Gas/Treibstoffe und Strom 1.610.000 Tonnen CO₂ emittiert. (www.vorarlberg.at). Das entspricht einer pro Kopf-Emission von 4,09 Tonnen. Inklusive der Bundesanteile liegt laut Klima-Ministerium der Österreich-Durchschnitt jedoch bei rund 7,68 to CO₂ /EW. Dabei sind jedoch noch keine Grauenergie-Emissionen von importierten Halbprodukten und keine Emissionen aus der Landwirtschaft berücksichtigt.

Eine CO₂ Steuer in der Höhe von € 180.-/to CO₂ würde somit für Vorarlberg alleine ein Finanzierungsvolumen von € 550 Mio jährlich ergeben (€ 295 Mio für Vorarlberger Anteil)

Was ist zu tun?

Für die Einführung einer CO₂ Steuer braucht es den politischen Willen. Es ist eine weitgehende Kostenwahrheit bei den Produkten sicherzustellen, welche die Umweltfolgekosten berücksichtigen. Erst dann wird sich die Innovationskraft und Dynamik der Wirtschaft für den Transformationsprozess zu einer CO₂ neutrale Gesellschaft aktiviert

Wer also die effektivste Maßnahme, die für fast alle Bausteine der Klimaneutralität eine finanzielle Voraussetzung darstellt, zur Umsetzung bringen will, muss politisch wirksam werden. Es gilt, dafür eine dauerhafte demokratische Basis zu schaffen.

Idealerweise wird eine derartige Steuer auf globaler oder zumindest europäischer Ebene für alle bindend festgelegt, um Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft und Regionen zu verhindern. Um aber diesen Prozess herbeizuführen, braucht es einen Bottom-up Prozess. Es braucht einzelne Menschen, Unternehmungen, Gemeinden, Länder und einzelne Nationen, politische Einheiten, die einen Schritt vorausgehen und aufzeigen, dass der Weg machbar ist und letztlich mehr Vorteile bringt. Neben der Eigenverantwortung von Einzelnen braucht es

aber eine organisierte „kritische Masse“, welche ihr Anliegen gebündelt gegenüber den verschiedenen Lobbyisten an die Politik heranträgt und eine gesetzliche Verankerung ermöglicht. Die Steuer ist verursachergerecht und ohne Ausnahmen für alle Emittenten gleich hoch festzulegen. Wichtig dabei ist, dass nicht nur die CO₂ Emissionen von Energieträgern, sondern auch klimaschädliche Gase aus der Landwirtschaft und Industrie eingebunden werden.

Der bestehende CO₂ Zertifikatshandel, welcher derzeit nur für die Großenergieverbraucher gilt, und außerdem keine Emissionen vom Flugverkehr mitberücksichtigt, hat sich als unwirksames und aufwendiges Instrument erwiesen.

Effekte: Was erreichen wir damit?

Der wichtigste Effekt ist der gezielte Umbau des gesamten Energiesystems auf ein dezentrales, ökosozialgerechtes Energieversorgung bei maximalen Freiheitsgraden. Die Auswirkungen dieser Steuerreform werden nach und nach an mehreren Fronten sichtbar: klimaschädliche Aktivitäten werden teurer, klimaschonende billiger.

Ein weiterer Effekt ist die gesicherte Eigenversorgung mit regionaler Energie bzw. die Unabhängigkeit von Energieimporten. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag für einen dauerhaften Frieden und eine Verteilungsgerechtigkeit geleistet, da die meisten Kriege um Energie, Wasser und Ressourcen geführt werden und die Waffenproduktion jede Menge benötigt .

Ein intaktes Weltklima ein gutes Leben für alle bedingt die Verwendung der erneuerbaren Energieträger, welche für die Bevölkerung vor Ort die Grundlage für Ernährung und Arbeit bietet.

Co-Benefits: Angenehme Begleiterscheinungen

Jedes Haus, jedes Gebäude wird ein Kraftwerk und jeder Landwirt wird Energiewirt, der mehr Energie produziert als er verbraucht. Das reduziert die Einkaufskosten für Energie und ermöglicht eine laufende Wertschöpfung. Die autonome Grundversorgung mit Energie und Rohstoffen ist Basis für eine krisensichere Wirtschaft. Ergänzt mit dezentralen Energiespeicher wird es möglich, auch im globalen Wettbewerb mit innovativen emissionsfreien Produkten (geringster Energieverbrauch, reparaturfreundlich und langlebig) weitere Wertschöpfungen zu realisieren. Es ist aber jederzeit die Reduktion auf die Basisversorgung möglich, ohne die Existenz zu gefährden.

Generell wird die Bedeutung der menschlichen Arbeit wieder steigen, und nebenbei Sinn und Lebensfreude stiften.

Rahmenbedingungen

Um politisch wirksam zu werden gibt es in demokratischen Gesellschaften keine Hindernisse. Jede und jeder kann freiwillig einen Schritt zur gelebten Kostenwahrheit über eine freiwillige CO₂ Abgabe setzen und damit als Keimzelle/Virus für die rasche Stärkung der demokratischen Basis sorgen. Wesentlich ist jedoch, dass dabei neben der gezielten Finanzierung von regionalen Klimaschutzprojekten auch die politische Forderung für eine allgemein verpflichtende CO₂ Bepreisung unterstützt wird. Ansonsten wird der freiwillige Beitrag zum Schuldenablasshandel bzw. als Marketing-Gag reduziert.

Und klar ist: Wenn eine Steuer und eine staatliche Lenkung gewollt ist, wird man auch die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen (Siehe Corona-Pandemie).

Als Begleitmaßnahme zur CO₂- Steuer ist aber ergänzend sicherzustellen, dass alle direkten und indirekten, versteckten Förderungen für das atomar/fossile System beendet werden.

Konfliktpotenziale / Transformationsbedarf

Widerstand aus der Gesellschaft wird es geben, wenn diese Steuer zum Stopfen von Budgetlöchern und aufgeblähte Verwaltung verwendet wird. Auch muss in diesem Zuge eine Reduktion der Ungleichheit in Kostenbelastung bzw. eine soziale Ausgewogenheit sichergestellt werden. Derzeit zahlen die unteren Einkommenschichten den Luxus von einigen Wenigen, die aber die Grundlagen von allen zerstören. Die Akzeptanz für eine CO₂ Steuer wird es dann geben, wenn die Rückführung der Gelder als direkte Förderung von regionalen Ökokraftwerken und Effizienzmaßnahmen bei Gebäuden, Prozessen und Mobilität sichergestellt ist und umweltfreundliches Verhalten letztlich belohnt wird

Konflikte wird es auch in der Politik und den politiknahen Energiekonzernen geben. Durch das dezentrale, intelligent vernetzte Energiesystem in privaten Händen wird die bisherige Einkommensquelle der Stromkonzerne stark sinken. Verstärkt wird dieser Trend noch durch die Elektromobilität und die dezentralen Stromspeicher, welche übers Internet vernetzt auch Spitzenstrom vermarkten können - und zur Konkurrenz von Speicher bzw. Großkraftwerken werden.

Der Politik wird eine bisherige Einnahmequelle über die bestehenden Energiesteuern verlieren und durch neue ausgleichen. Es wird aber einen Verlust von Macht bedeuten, da die Energiekonzerne als ehemalige Monopolbetriebe nach wie den Regierungen ihre Gewinne zur Geldverteilung und damit zum Machterhalt in die Kassen spielen. .

Wen betrifft das Ganze?

Jede natürliche und juristische Person, die durch ihre Tätigkeit einen CO₂ Ausstoß verursachen. Somit praktisch alle, die konsumieren

Daher ist auch jede und jeder gefordert, persönlich wirksam zu werden und seinen kleinen Beitrag für die politische Getragenheit einer Kostenwahrheit zu leisten.

Was kann jede/r einzelne tun?

Seine freiwillige CO₂ Abgabe über eine politisch unabhängige Plattform zur Finanzierung regionaler Klimaschutzprojekte leisten – und über die Veröffentlichung seiner Werthaltung die dauerhafte demokratische Basis für die wirksame Klima- und Energiepolitik sichern.

Die freiwillige CO₂-Abgabe: ein Baustein zur Umsetzung

Im Gegensatz zur CO₂ Steuer geht es bei dieser Maßnahme darum, die Zukunft vorwegzunehmen. Es gilt die Kräfte des freien Marktes und der Zivilgesellschaft zu aktivieren: Einerseits, um dauerhaft die erforderlichen demokratischen Mehrheiten für eine verursachergerechte CO₂ Steuer, - . und um eine Dynamik für den Transformationsprozess zu einer CO₂ neutralen Gesellschaft sicherzustellen.

Denn eine CO₂ Steuer wird aufgrund des Lobbyings von verschiedensten Interessensvertretungen wahrscheinlich nicht in der erforderlichen Höhe festgelegt werden. Es braucht daher eine privatwirtschaftliche Ergänzung, welche die Innovationskraft und Kreativität in der Gesellschaft vorantreibt. Mit der freiwilligen CO₂ Abgabe wird darüber hinaus die persönliche Eigenverantwortung dokumentiert, eine Positionierung bzw. Differenzierung von/zu Mitbewerbern realisiert und die gezielte Unterstützung von Projekten ermöglicht. Wird dabei ein Crowdfunding praktiziert, kann die Umsetzung von Klimaschutzprojekten durch den Stärkung des erforderlichen Eigenkapitals wirksam beschleunigt werden.

Bedeutung und Umfang am Beispiel Vorarlberg

Über den "Klimacent" leisten bereits 37 Gemeinden sowie zahllose Privatpersonen und Unternehmen eine freiwillige CO₂-Abgabe. Die Bemessungsgrundlage beträgt 1 Cent/kgCO₂ (10,- Euro/Tonne). Aufgrund dieser vorgelebten Eigenverantwortung hat sich der Vorarlberger Landtag einstimmig für eine freiwillige CO₂-Abgabe von 50,- Euro/Tonne für die von der Landesverwaltung verursachten Emissionen entschieden. Würde ein derartiges Vorgehen auf alle Energieverbraucher in Vorarlberg umgelegt, würde ein jährlicher Geldbetrag von rund € 80 Millionen zur Verfügung stehen, um gezielt die Eigenversorgung mit effizienter regionaler Energie aufzubauen.

Hinweis dazu: für dein Einkauf von Öl/Gas/Treibstoffe und Strom wird jährlich ein Betrag von ca. € 500 Millionen an Öl und Gaskonzerne bezahlt.

Neben der Plattform Klimacent gibt es bereits zahlreiche Organisationen, welche die freiwillige CO₂ Abgabe als CO₂ Kompensation betreiben, um sich auf Basis von Golden Standard-Zertifikaten als „klimaneutral“ zu positionieren. Damit beschreiten auch Großbetriebe bereits den Weg in eine klimaneutrale Zukunft und nehmen dafür finanzielle Mehrbelastungen dafür in Kauf.

Die Ausrichtung der freiwilligen Abgabe reicht von global bis regional: Während über CO₂-Zertifikate (im Idealfall Gold Standard) vorwiegend Großprojekte im Ausland umgesetzt werden, liegt der Schwerpunkt beim "Klimacent" bei regionalen Kleinprojekten sowie der Vernetzung und der Bewusstseinsarbeit für die allgemeine Kostenwahrheit.

Was ist zu tun?

Natürlich wäre die Einführung einer stetig ansteigenden [CO₂-Steuer](#) in ausreichender Höhe der effektivste Steuerungsmechanismus - idealerweise auf globaler oder zumindest europäischer Ebene, für alle bindend festgelegt, um Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft und Regionen zu verhindern.

Um diesen politisch mühsamen Prozess zu beschleunigen, braucht es aber neben all den Anstrengungen für legislative Lösungen (Top-Down) auch einen Bottom-Up-Prozess. Es braucht immer einzelne Menschen, Unternehmungen, Gemeinden, Länder und einzelne Nationen, die einen Schritt vorausgehen und aufzeigen, dass der Weg machbar ist und für das Gemeinwohl mehr Vorteile bringt. Neben der Eigenverantwortung von Einzelnen braucht es eine organisierte „kritische Masse“, die ihr Anliegen gebündelt sichtbar macht, an die Politik heranträgt und eine gesetzliche Verankerung einfordert.

Effekte: Was erreichen wir damit?

Nichts ist glaubwürdiger als das vorgelebte Beispiel! Damit werden auch Freunde, Nachbarn und Geschäftspartner zur Nachahmung angeregt und der Veränderungsprozess zu einer klimaneutralen Gesellschaft gestützt. Für die Politik wird die immer breitere Akzeptanz aus der Zivilgesellschaft für eine Kostenwahrheit spürbar.

Darüber hinaus bewirkt die CO₂-Abgabe zweierlei: Die erhöhten Kosten für jegliche Emission führen zu mehr Kostenbewusstsein und Sparwille: Suffizienz, Effizienz und erneuerbare Energien werden immer attraktiver. Mit dem frei werdenden Finanzierungsvolumen können die oft unzureichenden öffentlichen Förderungen um diese „privaten Förderungen“ ausgedehnt werden, wodurch wiederum die Investitionsentscheidungen für Klimaschutzmaßnahmen beschleunigt werden.

Co-Benefits: Angenehme Begleiterscheinungen

Neben dem Impuls für die klimaverträgliche Wirtschaft ist auch der „mentale Effekt“ wichtig: Mitunter stehen Personen, die ihre Eigen- und Mitverantwortung für eine gesunde Umwelt

wahrnehmen, stabiler im Leben, zeigen vielleicht sogar mehr Innovationskraft und Kreativität für die laufenden Veränderungsprozesse. Unternehmen, die den Schritt zur Kostenwahrheit in ihrer Kostenrechnung realisieren sind wohl für zukünftige Energie- und Versorgungskrisen auch besser vorbereitet – also resilienter.

Die CO₂-Abgabe motiviert dazu, den ökologischen Fußabdruck gering zu halten. Neben der Energieeinsparung werden auch die vorhandenen Potentiale zur Eigenproduktion von Energie genutzt: Jedes Haus, jedes Gebäude kann zum Kraftwerk werden, jeder Landwirt zum Energiewirt. Das reduziert die Einkaufskosten für Energie und ermöglicht eine laufende Wertschöpfung. Die autonome Grundversorgung mit Energie ist Basis für eine krisensichere Wirtschaft.

Rahmenbedingungen

Für die freiwillige CO₂-Abgabe stehen verschiedene Plattformen zur Verfügung - für Privatpersonen, Unternehmen, Organisationen, Gemeinden. Aktuell gibt es noch keine gemeinsame Plattform von allen Anbietern, welche das gemeinsame Anliegen vermitteln. Entscheidend ist, dass eine ausreichende Finanzkraft seitens der Kunden besteht.

Konfliktpotenziale / Transformationsbedarf

Aufgrund der Freiwilligkeit dieser Abgabe bestehen keine Konfliktpotenziale im engeren Sinn.

Über den Vorwurf, dass durch die freiwilligen „Spenden“ für den Klimaschutz die Politik in ihrer Verantwortung entlastet wird, kann man diskutieren. Denn ohne die viel wirksamere, verursachergerechte CO₂-Bepreisung der Emissionen werden keine wirklichen Effekte auf globaler Ebene erreicht. Diese Aufgabe darf tatsächlich nicht an den freien Markt delegiert werden; die freiwillige CO₂-Abgabe kann nur eine Brücke, ein Türöffner für die CO₂-Steuer sein.

Auch von Greenwashing oder Ablasshandel ist immer wieder die Rede - eine tiefgreifende Diskussion, die allerdings in dieser verallgemeinerten Form kaum geführt werden kann. Die politische Wirkungskomponente bei der CO₂-Abgabe besitzt in diesem Zusammenhang jedenfalls eine besondere Bedeutung.

Wen betrifft das Ganze?

Uns alle: Jede Privatperson, jedes Unternehmen, jede Gemeinde und jedes Land hat die Möglichkeit, die eigenen Emissionen freiwillig mit einer Abgabe zu versehen. Dabei können die Motivationen durchaus unterschiedlich sein: Die Positionierung des eigenen Unternehmens als Vorreiter der Klimaneutralität ist ebenso legitim wie das gemeinsame Fordern einer möglichst raschen Einführung der gesetzlich verankerten CO₂-Steuer für alle Verursacher. Aus Sicht eines Projektbetreibers steht wiederum die Finanzierungsmöglichkeit - eine Art von Crowdfunding - im Vordergrund.

Generell gilt: Je mehr Menschen bereit sind, freiwillig einen kostenwahren CO₂-Preis zu bezahlen, umso eher wird die Forderung nach der CO₂-Steuer Gehör finden und der Transformationsprozess für eine Klimaneutralität beschleunigt

Was jede(r) Einzelne tun kann.

Sich für eine freiwillige CO₂-Abgabe entscheiden. Das schafft Motivation für die Verringerung der eigenen Emission und ermöglicht die Finanzierung von weiteren Reduktionsmaßnahmen an anderer Stelle.

Autor: Johann Punzenberger